

Dokumentation der 2. Integrationskonferenz der Stadt Frankfurt (Oder) vom 08.12.2016



Veranstalter und Herausgeber:

Stadt Frankfurt (Oder)

Integrationsbeauftragte

Marktplatz 1

15230 Frankfurt (Oder)

laura.el-khatib@frankfurt-oder.de

Koordinierungs- und Fachstelle

Lokale Partnerschaft für Demokratie – Frankfurt
(Oder)

Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Wieckestraße 1 A

15230 Frankfurt (Oder)

lap-ff@big-demos.de

pewobe gGmbH in Frankfurt (Oder)

Große Oderstraße 29

15230 Frankfurt (Oder)

„Die Veröffentlichungen stellen keine
Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw.
der Stadt Frankfurt (Oder) dar. Für inhaltliche
Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die
Autoren/Autorinnen die Verantwortung.“

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Präsentation zum Impulsreferat von Frau Prof. Dr. Karin Weiss	9
Präsentation der Integrationsbeauftragten der Stadt Frankfurt (Oder) Frau Laura El-Khatib.	21
Bericht Arbeitsgruppe Schule / Kita / Bildung	24
Bericht Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt / Ausbildung	28
Bericht Arbeitsgruppe Gesellschaftliche Teilhabe	32
Bericht Arbeitsgruppe Interkulturelle Öffnung	34
Bericht Arbeitsgruppe Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung	36
Bericht Arbeitsgruppe Wohnen und Nachbarschaft	43
Bericht Arbeitsgruppe Fremdenfeindliche und rassistische Gewalt - Antworten der Stadtgesellschaft	46
Evaluation	52
Liste der Teilnehmenden	56

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die Dokumentation der 2. Integrationskonferenz der Stadt Frankfurt (Oder), die Anfang Dezember 2016 mit insgesamt 97 Teilnehmenden durchgeführt wurde, vorlegen zu können.

Die Integrationskonferenz war mit dem Ziel verbunden, ein Jahr nach der 1. Integrationskonferenz im Dezember 2015, einen Blick auf die bisherigen Aktivitäten im Bereich Integration in der Stadtgesellschaft zu werfen und nach vorne blickend zukünftige Herausforderungen in den Blick zu nehmen.

Nach einführenden Worten von Herrn Frank Hühner von der Koordinierungs- und Fachstelle der Lokalen Partnerschaft für Demokratie – Frankfurt (Oder), der als Moderator durch die Konferenz führte, bildete ein Beitrag von Hannes Langer von der Kulturmanufaktur Impuls e.V. den Einstieg in den **ersten Teil der Konferenz**.



Hannes Langer stellte künstlerische Projekte der beiden letzten Jahre dar, bei denen mittels verschiedener ästhetischer Ausdrucksformen und unter der Beteiligung von Zugewanderten die Themen Flucht und Ankommen bearbeitet wurden. In der sich anschließenden Filmsequenz fanden sich die Konferenzteilnehmenden daraufhin in einem Interview wieder, das der Schauspieler Mathieu Carrière mit der jungen Syrerin Sheffaa Alfrag zu Ihren Eindrücken rund um die „neue Welt“ Deutschland führt. Mit dieser Sequenz wurde der von allen Teilnehmenden mit großem Beifall bedachte Beitrag beendet.



Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke warf in seinem darauffolgenden Grußwort zunächst den Blick zurück auf das vergangene Jahr. Damals habe die Situation in Frankfurt (Oder) ganz anders ausgesehen, denn es kam eine große Zahl Geflüchtete in die Stadt auf der Suche



nach einem Platz der Ruhe und des Friedens. Frankfurt (Oder) habe sich den Herausforderungen erfolgreich gestellt, betonte Oberbürgermeister Dr. Wilke. So wurden neben Unterbringung und Versorgung der Neuzugewanderten schon früh Akzente in Richtung Integration gesetzt, Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und die Nähe zur Stadt hergestellt. Heute, ein Jahr später, sei die Integration der zugewanderten Menschen und der Austausch zu Handlungsmöglichkeiten von besonders zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in der Stadt. Vor diesem Hintergrund begrüßte Dr. Wilke die 2. Integrationskonferenz als einen wichtigen Schritt, die erfolgreiche Integrationsarbeit auch zukünftig fortzusetzen.



Großer Aufmerksamkeit und Beachtung erfreute sich auch der Impuls-Beitrag von Frau Prof. Dr. Karin Weiss, die in ihrem, viele Facetten der Integration aufgreifenden, Beitrag Handlungserfordernisse gelingender Integrationsarbeit verdeutlichte. Die Präsentation zu diesem Beitrag ist in der Anlage dieser Dokumentation zu finden.



Frau Laura El-Khatib, die Integrationsbeauftragte der Stadt Frankfurt (Oder), stellte anschließend zentrale Elemente des städtischen Leitbildes Integration vor. Dieses Leitbild der Stadt, welches sich zum Zeitpunkt der Konferenz noch im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess befand, bildet die Grundlage des in 2017 zu erarbeitenden Integrationskonzeptes der Stadt. In diesem werden die Zielsetzungen und Maßnahmen der Stadt Frankfurt (Oder) im Bereich Integration zusammenfassend dargestellt werden. Es wurde darauf verwiesen, dass bei der weiteren Ausarbeitung des Integrationskonzeptes die Einbindung der verschiedenen Akteur*innen im Bereich Integration in Form eines aktiven Beteiligungsprozesses organisiert werde, um auf diesem Weg eine breite Untersetzung und Unterstützung des Konzeptes zu erreichen.

Nach einer kurzen Mittagspause hatten die Teilnehmenden im **zweiten Teil der Konferenz** ausreichend Gelegenheit, sich in Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen

- Schule / Kita / Bildung
- Arbeitsmarkt / Ausbildung

- Gesellschaftliche Teilhabe
- Interkulturelle Öffnung
- Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung
- Wohnen und Nachbarschaft
- Fremdenfeindliche und rassistische Übergriffe - Antworten der Stadtgesellschaft

auszutauschen und Erfahrungen und künftige Anforderungen zu diskutieren.

Im **dritten Teil der Konferenz** stellten die Moderator*innen der Arbeitsgruppen und zum Teil auch die Teilnehmenden selbst die Ergebnisse der Arbeit in den Gruppen vor. Eine Zusammenfassung zum Verlauf und zu den zentralen Ergebnissen der einzelnen Arbeitsgruppen finden sie in dieser Dokumentation. Eine kurze Abschlussreflektion von Laura El-Khatib beendete die Konferenz.



An dieser Stelle sei all den Moderator*innen und Inputgeber*innen der Arbeitsgruppen für ihr Engagement gedankt, ohne das die Konferenz nicht so erfolgreich hätte durchgeführt werden können. Unser Dank gilt selbstverständlich auch den Teilnehmenden, die durch ihre lebhaftete Beteiligung wesentlich zum Gelingen der Konferenz beitrugen. Wir wünschen uns, dass die Teilnehmenden auch eine Reihe von nützlichen Anregungen für ihre weitere Arbeit erhielten, so dass sie weiterhin engagiert zum Gelingen von Integration in der Stadtgesellschaft beitragen können.

Der abschließende Dank gilt all denen, die, wie die Hausleitung und das Catering, eher im Hintergrund wirkend, einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Gelingen der Konferenz leisteten.

Schließlich gilt es auch dem Land Brandenburg zu danken, welches durch die finanzielle Unterstützung über das „Bündnis für Brandenburg“ die Durchführung der Konferenz absicherte.

Abschließend bleibt zu wünschen, dass, neben den Diskussionen während der Konferenz, diese Dokumentation von Interessierten genutzt werden kann, um die begonnene Arbeit weiterzuentwickeln.

Laura El-Khatib
Integrationsbeauftragte
der Stadt Frankfurt (Oder)

Frank Hühner
Koordinierungs- und Fachstelle
Lokale Partnerschaft für Demokratie – Frankfurt (Oder)
im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

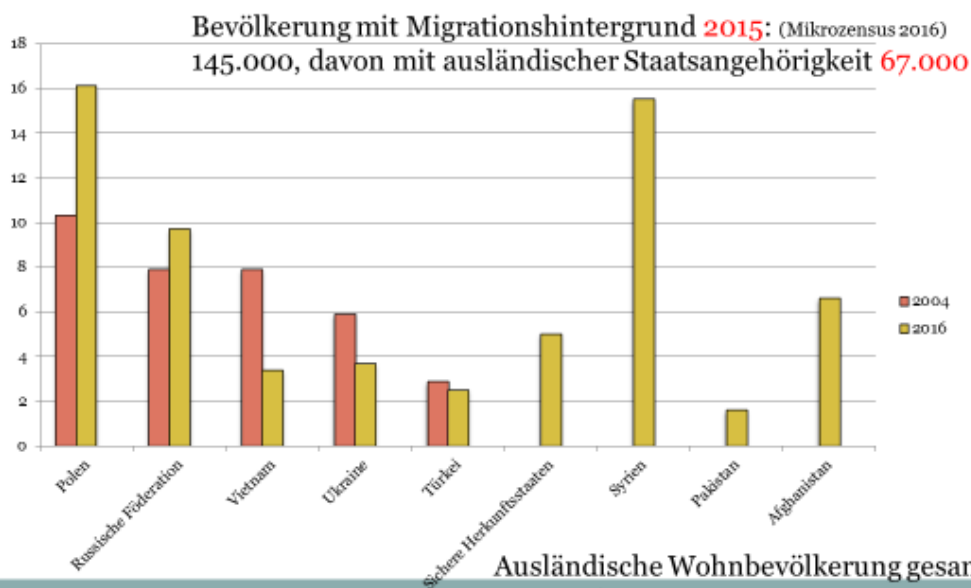
Aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die Integration von Zugewanderten in Frankfurt (Oder)

Entwicklungen – Trends - konzeptionelle und strategische Überlegungen

PROF. DR. KARIN WEISS
FRANKFURT/ODER
8.12.2016

Ausländische Bevölkerung Brandenburg (nur größere Gruppen) 2004 – 2016 im Vergleich

(in Prozent, nach AZR)

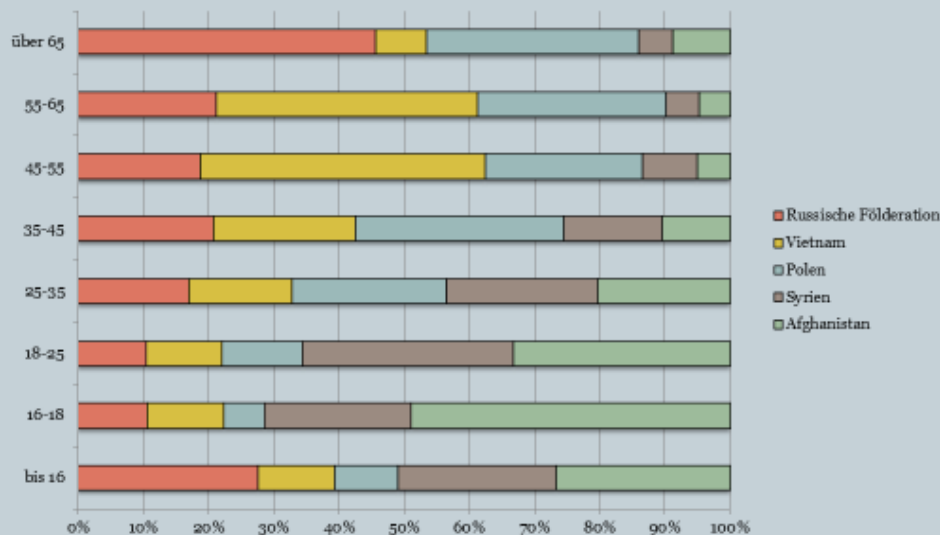


Ausländische Wohnbevölkerung gesamt:
2004: 48.561 2016: 102.502

Unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Perspektiven und Bedarfen

- „Alt“- Zugewanderte, Spätaussiedler und Jüdische Zuwanderung
- EU- Binnenwanderung - Freizügigkeit
- Arbeitsmarkt- und Bildungszuwanderung
- Humanitäre Zuwanderung und Flüchtlinge
 - ✖ Gestattung, Aufenthaltserlaubnis, Duldung
 - ✖ Bleibeperspektive?
 - ✖ Bearbeitungsdauer der Anträge, A-B-C-D Fälle
 - ✖ Wachsender Druck auf Rückkehr und Abschiebung
 - ✖ Ende Okt. 16 noch immer 547.174 offene Asylverfahren

Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung in BB in Prozent (nach AZR 31.12.15)



Sprache



- Positiv: Intensivprogramme für Schüler_innen, Willkommensklassen, bei breitem Spektrum an Möglichkeiten, deutlich gestiegenes Bewusstsein bei Schulen und Bildungsverwaltung
- Positiv: Ausbau der Integrationskurse für Erwachsene, Teilnahme auch für Syrer, Iraker, Iraner, Eritreer und Somalier möglich, ergänzende Sprachkurseangebote Länder, geplant: Orientierungskurse für Asylbewerber ohne Sichere Herkunftsstaaten (tatsächliche Umsetzung??), Verbindung Sprachkurse BAMF und BA
- Problem bei z.B. Afghanen: Anerkennungsquote Okt. 16: 51,3%. Sie bleiben weiterhin faktisch ohne Integrationskurs trotz hoher Verbleibsquote
- Übernahme Dolmetscher-/Sprachmittlerkosten war mit dem Integrationsgesetz geplant, wurde aber wieder gestrichen
- Sprachbildung/Sprachmittlung für „Alt“-Zugewanderte? Angebote für Frauen?

Gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Beratung, Arbeit setzt sprachliche Verständigung voraus!

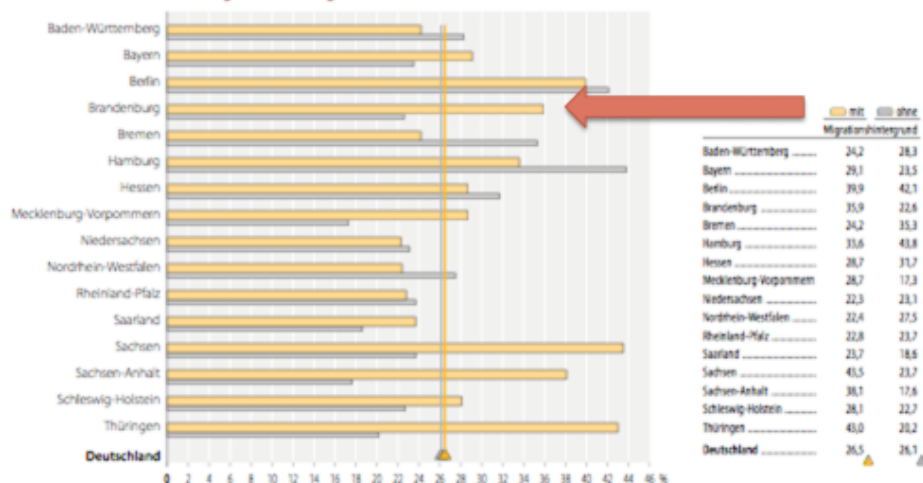
49

Integrationsmonitoring der Länder 2011-2013

D3 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

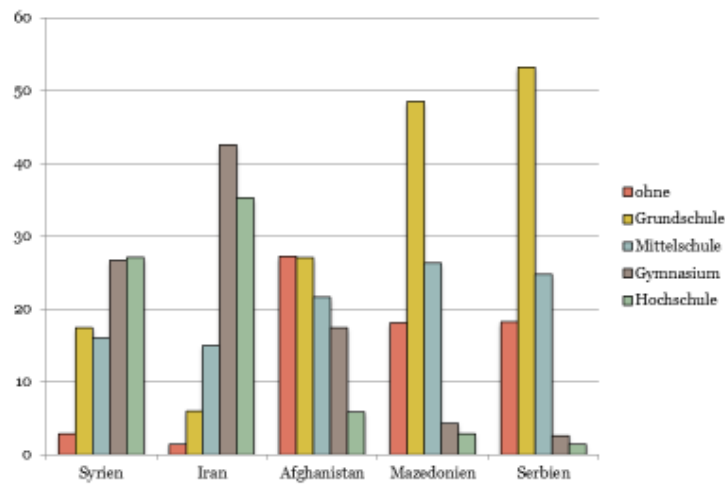
BILDUNG

Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren mit Hochschulreife 2013 nach Migrationshintergrund

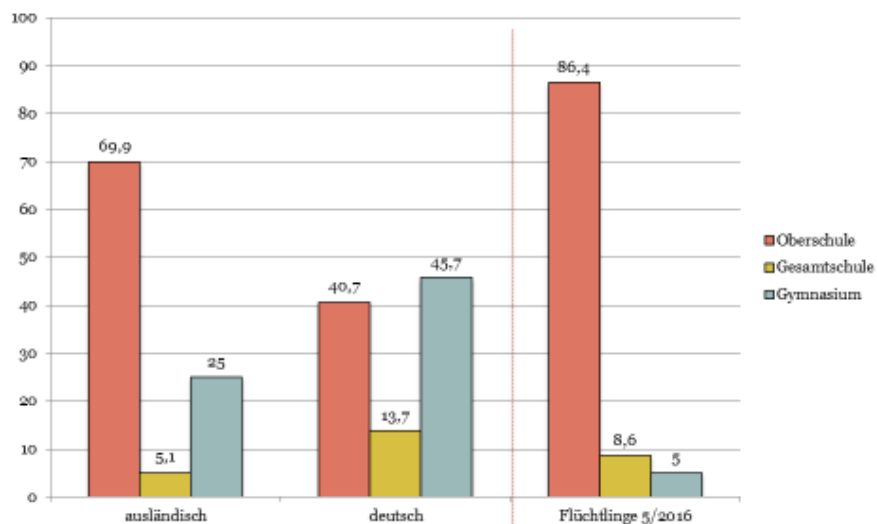


Bildungsabschlüsse Asylsuchende

(Quelle: BAMF Kurzanalyse 3/2016)



Verteilung auf Schulformen der Oberstufe 2013 nach Staatsangehörigkeit in Brandenburg (nach Integrationsmonitoring der Länder 2013)



2004 machten in BB 44 % der
ausländischen Schüler Abitur...

Angaben zu Flüchtlingen MBEJS, 27.6.2016/16

Stand 10.5.16

6.714 Flüchtlingskinder

Stand 2009/10:

1.015

„Wenige Lehrer haben eine Zusatzqualifikation für Deutsch als Zweitsprache und Kompetenzen im Umgang mit Traumatisierten; sie stehen einer wachsenden Zahl neu zugewanderter Flüchtlingskinder gegenüber, deren bisherige Bildungskarrieren sehr unterschiedlich und meist durch Brüche, Traumata und lernhemmende Lebenssituationen gekennzeichnet sind.“

(SVR, 2015, 4)

Bildung



- Bildungsniveau sehr heterogen
- Bildungsbarrieren bei Flüchtlingen neben Sprache durch Dauer der Flucht, unterschiedliche Bildungssysteme, Traumatisierungen, Unklarheit über die Bleibeperspektive
- Zugang zu Bildung nicht erst mit Verteilung auf Kommunen! Schulpflicht auch während der Erstaufnahme, insbesondere seit Verlängerung der Aufenthaltsdauer in einer EAE? **EU-Aufnahmerichtlinie: spätestens nach 3 Monaten!!**
- Frühe Einmündung in die Kita bei Übergangslösungen
 - Rechtsanspruch gilt auch für Flüchtlingskinder!
- Besondere Anforderungen, Traumatisierungen, Qualifizierung von Pädagogen – „work in progress“
- Nachholen von Schulabschlüssen. Berufsschulpflicht für Flüchtlinge in Bayern z.B. bis 21 bzw. 25, besonderes Berufsvorbereitungsmodul
- Begleitende Bildungsangebote, z.B. Patenschaften, schulische und außerschulische Angebote, Elternarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten
- Koordinierung und Schnittstellenmanagement, Schulsozialarbeit

Ausbildung



- „Jugendliche mit Migrationshintergrund werden explizit als Zielgruppe solcher Angebote (der Ausbildungsförderung) genannt. Der Zugang junger Flüchtlinge zu diesen Förderangeboten ist allerdings abhängig von Aufenthaltstiteln und Annahmen zur Bleibeperspektive.“ (DJI, 2016,31)
- Problematisch: „Ausschulung“ ab 16 Jahren
- Vielfalt berufsvorbereitender Bildungsgänge – aber Teilnahme an Berufsschulpflichtalter gebunden
- Duldung für die Zeit einer Berufsausbildung
 - Verbot für sichere Herkunftsstaaten
 - Restriktive Auslegung durch einzelne Bundesländer

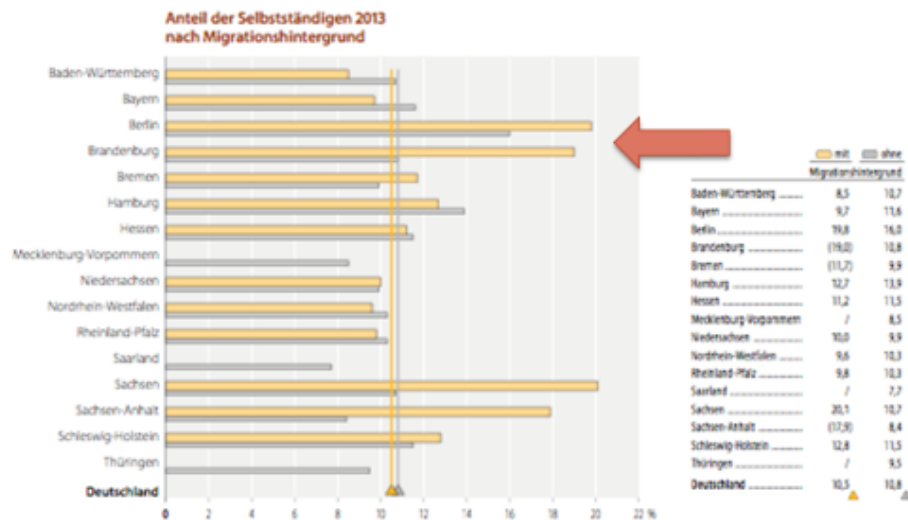
Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen



- Arbeitsintegration: langwierig und begleitungsintensiv – Erwartungshaltung?
- „Arbeitsmarktintegration braucht Zeit“ (IDW 2016,4)
- Keine flächendeckende Erfassung der Vorqualifikationen, Kompetenzfeststellungen
- Anpassungsqualifizierungen
- Arbeit, Berufe, Berufserfahrungen ohne formellen Abschluss
- In vielen Herkunftsländern existiert keine formale Berufsausbildung
- Matching Arbeitsbedarf und –angebot: BA + lokale Initiative + lokale Netzwerke
- Angebote für Frauen
- Die meisten Flüchtlinge finden eine Arbeit durch ihre Netzwerke !? (DIW 2016, 35)

E2 Stellung im Beruf - Selbstständige

18 % aller Arbeitsplätze in Deutschland werden von migrantengeführten Unternehmen bereitgestellt. (Leicht 2016)

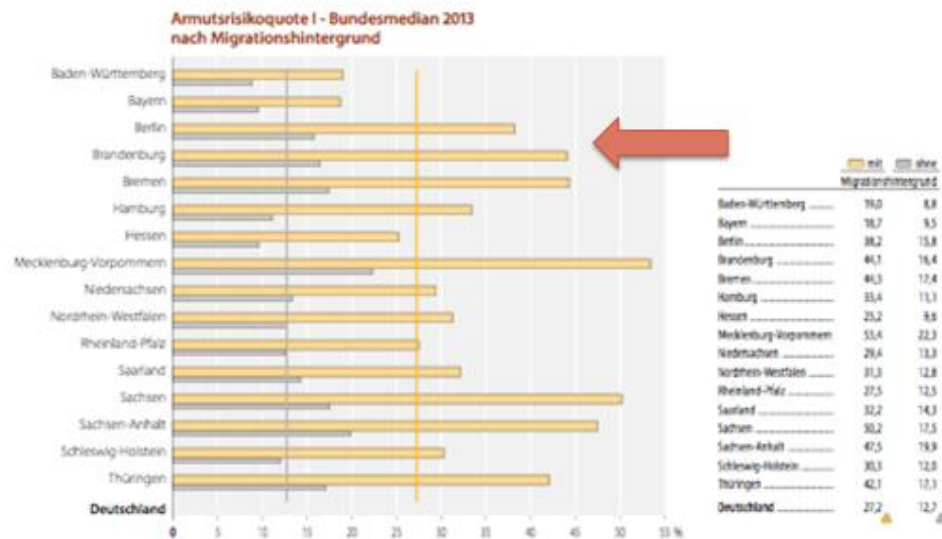


Soziales: Beratung und Betreuung

- Migrationsberatung des Bundes nur für Asylsuchende mit Bleibeperspektive ?!
Ergänzende Länderangebote mit unterschiedlichen Schwerpunkten, kein Rechtsanspruch auf Beratung
 - IAB-BAMF-SOEP Befragung 2016: 70 % der befragten Flüchtlinge kannten keine Beratungsstelle!
- Keine systematische Erfassung über medizinische oder psycho-soziale Bedarfe.
Geschätzt: bis zu 50 % Asylsuchende Personen mit besonderen Bedürfnissen!
Umsetzung EU-Aufnahmerichtlinie??? UNICEF: Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien besonders betroffen!
- Ausbau der Beratung dringend erforderlich, insbesondere psycho-soziale Beratung und Versorgung
 - Qualifizierung der Regeldienste
 - Psycho-soziale Zentren
- Mangel an qualifizierten Fachkräften für Beratung und Betreuung – Nachqualifizierung und berufsbegleitende Ausbildung???
- Ehrenamt und Hauptamt - „Explosion von Ehrenamt“ (Bendel et al., 2016)
 - Qualifizierung, Koordinierung, Supervision
 - Flüchtlinge als Objekt? Selbstüberforderung von Ehrenamtlichen?
 - Konkurrenz zwischen Hauptamt und Nebenamt??
- Integration in die Regeldienste - Interkulturelle Öffnung

E 6a Armutsrisikoquote I

Steigerung von 2011 um 6,6 %



Soziales: Versorgung

- Hoher Anteil von SGB II/XII-Beziehern unter Zugewanderten, drohende Altersarmut
- Je älter bei der Zuwanderung, desto geringer die Chance auf auskömmliche Versorgung im Alter
- Nicht nur die jüdischen Zugewanderten aus Russland werden älter, sondern auch Vietnamesen, Polen.....
- Migrationssensible Versorgung im Alter?
 - Sprache
 - Verarbeitung von Traumata
 - Religionssensible Versorgung

Kultur und Religion



- Fremdbild – Selbstbild: Sind die Zugewanderten tatsächlich so anders?
- Religion und Islam
 - ✖ Ablehnende Haltung gegenüber Religion allgemein und dem Islam im Besonderen  Islam als Alltagsreligion im Leben vieler Flüchtlinge
- Werte und Wertevermittlung
 - ✖ Köln und die Folgen
 - ✖ Wertevermittlung per App oder Kurzbroschüre??

Ergebnisse IAB-BAMF-SOEP Studie 2016:



- Hauptfluchtgrund Krieg und Verfolgung
- Hohe Wertschätzung von Demokratie, Menschenrechten und Gleichstellung der Frau
- Hohe Übereinstimmung mit der deutschen Bevölkerung
- Demokratie beste Staatsform: 96 % Flüchtlinge, 95 % Deutsche
- Gleiche Rechte Frauen und Männer: 92 % Flüchtlinge, 92 % Deutsche
- Arbeit der beste Weg für eine Frau, unabhängig zu sein: 86 % Flüchtlinge, 71 % Deutsche

Partizipation



- Migrantenorganisationen zum großen Teil aus anderen Herkunftsländern und anderen Religionen als Flüchtlinge
- Deutlich mehr Drittstaatler ohne Wahlrecht
 - ✖ Revival der Beiräte?
 - ✖ Gründung von neuen Migrantenorganisationen? Flüchtlingsbeiräte?
- Partizipation setzt Wissen über die Gesellschaft voraus
 - ✖ Wie kann Wissen und Alltagsleben vermittelt werden?

Umfeld und Rahmen



- Qualifizierung von Regelinstitutionen
 - Interkulturelle Kompetenz, Sensibilität für die Folgen des eigenen Verwaltungshandelns
 - Rechtswissen
 - Hintergrundwissen
- Sensibilität für Vulnerabilität, z.B. Traumatisierungen, Arbeitsausbeutung in allen Bereichen, die mit Migrant*innen/Flüchtlingen zu tun haben
- Abbau von Ausgrenzungen und Diskriminierungen
- Unbehagen der Gesellschaft
 - Angst: Islam, Fanatismus, Unterdrückung der Frau, andere Kultur, Terroranschläge
 - Symboldiskussionen: Burkaverbot, Händeschütteln, Obergrenzen, „Umvolkung“, „fühle mich fremd“ in der eigenen Heimat, „Parallelgesellschaft“.
 - Terroristen unter den Flüchtlingen. Übergriffe von Köln
- Dramatisch wachsende Fremdenfeindlichkeit und steigende Gewaltbereitschaft
 - Aktuelle Studie Sachsen: 58 % sehen Deutschland als in einem gefährlichem Maß „überfremdet“ an (Landeszentrale politische Bildung Sachsen 2016, SZ 23.11.16)
 - Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit, aber auch der der Zugewanderten!
 - Wie können Flüchtlinge bei der Verarbeitung solcher Erlebnisse unterstützt werden?

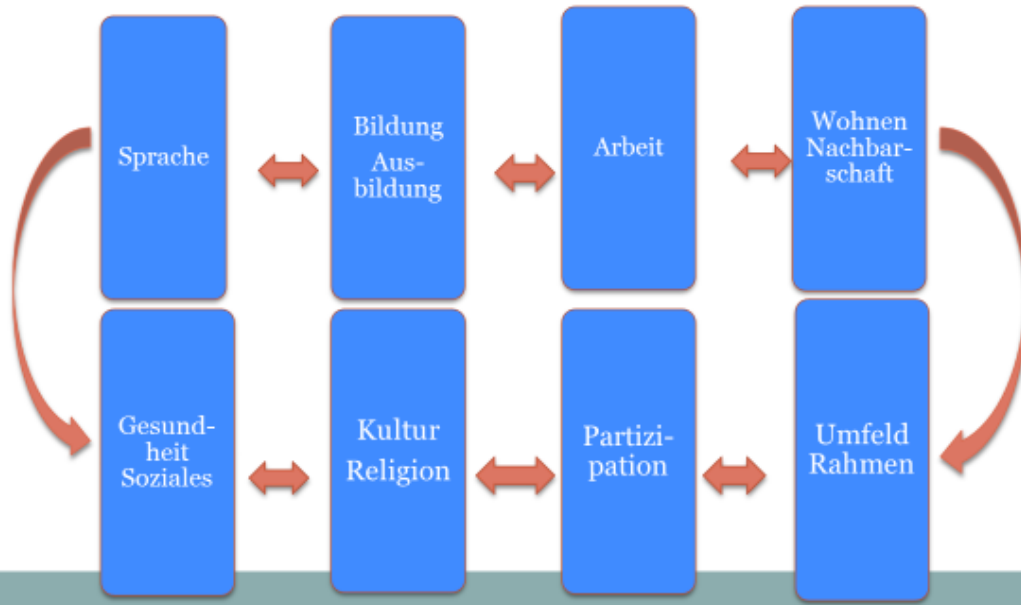
Zuwanderung nach Deutschland

- Weltweit große Fluchtbewegungen bestehen fort
- Hohe Zuwanderung nach Deutschland auch durch EU-Bürger_innen, Familiennachzug, Arbeitsaufnahme, etc. NETTO - Zuwanderung nach Deutschland insgesamt in 2015: 1,14 Millionen
- „Höchster jemals gemessener Wanderungsüberschuss von Ausländern in der Geschichte der BRD“ (Zeit online 21.3.16)
- Geburtenüberschuss von ausländischen Bürgern in Deutschland in 2015

Trends....Fragen....

- Konzentration auf die Integration von Flüchtlingen – Was ist mit den anderen?? Konkurrenz zwischen Migrationsgruppen? Fördermittel nur für Flüchtlinge?
- Konzentration auf Erstintegration: Sprache, Bildung, Ausbildung – Nachbarschaft, Psycho-soziale Betreuung, Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit rücken in den Hintergrund?
- Die schon länger ansässige Migrationsbevölkerung kommt in die Jahre.... – Strukturen für die Altersvorsorge und –betreuung?
- Unbehagen in der Gesellschaft?? Asylrecht als Grundrecht?
- Welches Bild haben wir von den Flüchtlingen? Klienten? Akteure?
- Wie halten wir es mit der Religion?
- Wahrnehmung der Realität – „postfaktisch“?????
- Migration und Flucht als Konstante und „Normalität“
- Notwendigkeit von vernetzten Strukturen der Integration

Konzept und Leitbild



Präsentation der Integrationsbeauftragten der Stadt Frankfurt
(Oder) Frau Laura El-Khatib



Idee eines Leitbildes

- eigene Vorstellung von Integration erarbeiten, die in Leitlinien mündet
- gemeinsame Verständigungsgrundlage schaffen
- kein vorgefertigtes Raster, Erarbeitung in Beteiligung
- „roter Faden“ → Handlungssicherheit
- Integrationsbemühungen der Stadt daran orientieren und auch daran messen



Ohne Grenzen. Bez granic.

2

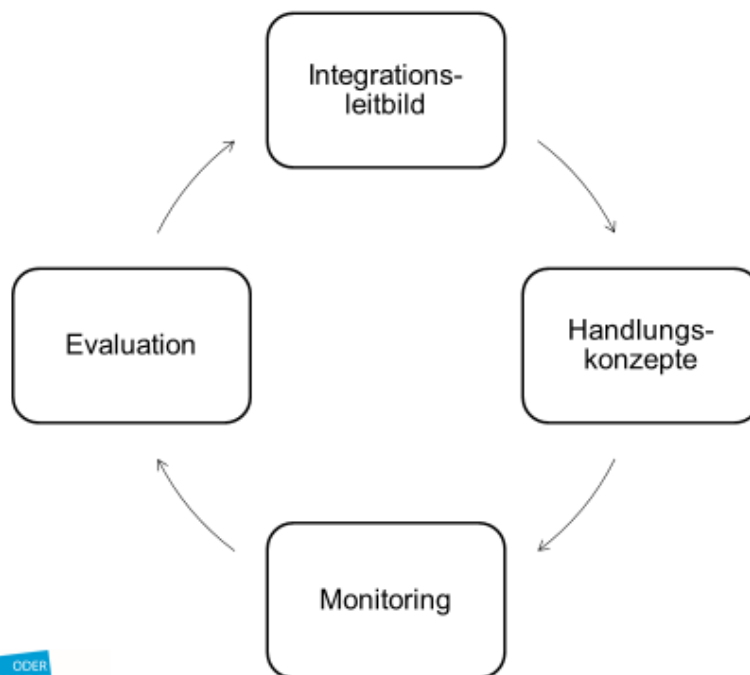
Frankfurter Definition von Integration

- teilhabeorientiertes Integrationsverständnis
- Grundgesetz und humanistische Werte als gemeinsames Fundament
- Integration als
 - gesamtgesellschaftliche Aufgabe
 - aktiver, fortdauernder Prozess
 - dialogorientiert
 - Querschnittsaufgabe
 - „Fördern und Fordern“



Ohne Grenzen. Bez granic.

4



- Ziel: Beschlussfassung
im 1. Quartal 2017

Bericht Arbeitsgruppe Schule / Kita / Bildung

Arbeitsgruppentitel:	Schule / Kita / Bildung
Arbeitsgruppen-Nr.	1
Kurzbeschreibung / Ziel	Das Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Angebote zu erfassen, Aussagen über die wahrgenommene Quantität und Qualität, Defizite und Zugangsbarrieren zu benennen und gute Erfahrungen weiterzugeben. Des Weiteren soll der Bedarf an Fortbildung, Beratung und Unterstützung der beteiligten Einrichtungen definiert werden.
Moderation / Input	Katrin Runck, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Frankfurt (Oder) / Anita Stöhr, überregionale Koordinatorin für Migrationsangelegenheiten der Staatlichen Schulämter des Landes Brandenburg
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	• Forderung nach persönlicher und individueller Beratung und Betreuung, damit sich jeder seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten nach entwickeln kann • Frühkindliche Bildung wird oft vernachlässigt • Problem der Übergänge z. B. zum Gymnasium oder vom Sozialamt zum Jobcenter • Disziplin- und Lernprobleme in den Vorbereitungsgruppen an der VHS (schriftliche Zuarbeit VHS) • Zusammenarbeit und Koordinierung aller Angebote, Instanzen und Akteure
Behandelte Themen und Inhalte:	Welche Angebote zur Integration im Bereich Bildung gibt es bereits? Welche Erfahrungen haben wir mit diesen Angeboten? Von welchen Visionen träumen wir? Welchen Unterstützungsbedarf sehen wir?
Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen	Es gibt ein vielfältiges Angebot zur Integration: z.B. in den Schulen die Vorbereitungsgruppen, Arbeitsgemeinschaften und (Lern)Patenschaften, im OSZ den 2jährigen Vorbereitungskurs mit anschließender 3jähriger Ausbildung, auch Praktika sind geplant. Für die Lehrer*innen bietet das Schulamt DAZ-Kurse an, die leider zuletzt nicht mehr ganz ausgebucht waren. Es gibt Integrations(sprach)kurse und Alphabetisierungskurse sowie Maßnahmen zur Aktivierung. Im Kita-Bereich wird eine Eltern-Kind-Gruppe von der Lebenshilfe FFO e.V. angeboten. Ab Januar soll es das Projekt „Bevor ich in die Kita gehe“ geben. Es gibt spezielle Kurse für Frauen. IB, Caritas, Europauni und DRK dachten über ein Kooperationsprojekt in diesem Bereich nach.

	In der Erstaufnahme wird Kinderbetreuung ab 0Jahren geboten, aber auch Kindergarten und Hort. Dieses Angebot ist völlig autark und ohne Konzept. In der Uni existiert das „Viadrina Open Lectures (für alle) und die IDA(Initiative Dt.Unterricht f. Asylbewerber). Man kann sich als Gasthörer an den Vorlesungen beteiligen, wenn man einen anerkannten Status hat. Es gibt nicht zuletzt das College-Studium (welcome@viadrina: www.europa-uni.de/welcome). Schriftlich zugearbeitet hat die VHS. Sie bietet Sprachkurse für Eltern, auf die noch besser auch in den Schulen hingewiesen werden soll. Die Frage ist, ob dort Flyer oder Ähnliche s gebraucht werden. Interessant sind auch die Lern-Cafés, bei denen mit ehrenamtlichen Begleitern Deutsch gelernt werden kann. Geplant ist auch ein Talent-Campus, mit dem man gute Erfahrungen gemacht hat. Dazu braucht es aber die Kooperation mit einer Schule und einer anderen Kultureinrichtung. Interessant sind auch die Angebote aus Sport und Kultur: z.B. die Bürgerbühne am Kleistforum oder die Einbindung von Geflüchteten in die „Fußballpokalserie-Jugend gegen Gewalt mit Kriegsflüchtlingen“, die monatlich durchgeführt wird. Insgesamt wurde eingeschätzt, dass diese Angebote jedoch nicht immer ausreichend sind. Es fehlt Transparenz der vorhandenen Angebote und eine genaue Erhebung, welche Bedarfe es gibt. Eine Bündelung von Angeboten und gezielte Weiterleitung an die Interessenten wurde angemahnt. So sollten Menschen persönlich informiert werden. Eine weite Verbreitung der Informationen ist wichtig. Es gebe zu wenige Frauen in den Bildungsangeboten, dazu ist eine Kinderbetreuung ganz zentral. Frauenspezifische Deutschkurse funktionieren aber schon sehr gut. Speziell wurde gesagt, die Zeit in den Vorbereitungsgruppen sei für einige Schüler zu begrenzt (1Jahr). Angebote nach neuer Verordnung fehlen. Die Jugendlichen vom OSZ bedauerten die lange Dauer ihrer Ausbildung. Für andere sind die Anforderungen in den Kursen zu niedrig. Probleme bei der Anerkennung der Abschlüsse und damit zusammenhängende Brüche in der Bildungskarriere wurden angesprochen. Überhaupt gibt es „Löcher im Netz, wenn es um die Übergänge geht, auch vom Sozialamt zum Jobcenter. Dabei wurde die Halbherzigkeit von Zuständigen beklagt. Nicht zuletzt bemerkte ein Jugendlicher, dass er für all diese Angebote zu weit von der Stadt wohne und dass nur zweimal am Tag ein Bus fährt.
--	--

	Für eine Verbesserung der Situation wurden folgende Vorschläge gemacht: • Leistungspotential testen, erst dann Schultypentscheidung umsetzen, damit einhergehend ein leichter Zugang zum Gymnasium • Schulnahe Beratung, die auch ausländerrechtliche Folgen berücksichtigt • Bessere Verschränkung /Kürzung der Gesamtdauer BV- Berufsausbildung, indem die Zeit individueller bemessen wird • Mehr außerschulische Bildungs-und Freizeitangebote • um mehr Beteiligung zu ermöglichen, Geflüchtete z.B.in Schülerräten und Elterngremien arbeiten lassen • Gemischte Gruppen, die die Integration erleichtern, keine Isolation von Geflüchteten • Gewaltprävention als Voraussetzung für Bildung • Rückkopplung der Erfahrung durch Alumni-Mentoring So sollte der Wunsch eines Jugendlichen auch wahr werden, der gern sein ganzes Leben in Frankfurt (Oder) bleiben würde. Die Bitte um Unterstützung ergab sich auf vielen Gebieten. Im gesamten Bildungsprozess gibt es hier Bedarf, z.B. frühzeitige Bildungsberatung und schnell angesetzter Ergänzungsunterricht. Speziell wird auch gut aufbereitetes und erwerbbares Lehrmaterial und eine angemessene Ausstattung gebraucht. Eine spannende Idee zur Bereicherung - Bilingualer Fachunterricht - sollte überdacht werden. Eine Abstimmung zwischen den Koordinator*innen wurde dringend gewünscht, die Interessierte an passenden Angebote weiterleiten können. Dafür sollten sich Betreuer mehr Zeit für die Behandlung von Einzelfällen nehmen. Dazu braucht es auch mehr Personal, d.h. auch qualifizierte Betreuer. Betreuer selbst möchten die Möglichkeit bekommen, Arabisch zu lernen. Insgesamt brauchen Geflüchtete schnell Gewissheit über ihren Status, auch um ihre Familien nachholen zu können. Die Geflüchteten brauchen Kinderbetreuung in Bildungszeiten. Wären Abendveranstaltungen günstiger als solche am Vor-oder Nachmittag?
--	---

	In den Vorbereitungsgruppen, die in der VHS unterrichtet werden, wurde die RAA zur Unterstützung der Lehrer in diesen Klassen gebeten, um das Problem der Akzeptanz von Regeln bei den Kindern zu bearbeiten, aber auch im Bereich der Vorurteile von Jungen gegenüber Mädchen. Die Eingliederung in die Regelklassen klappt nicht reibungslos. Im Bereich der Elternarbeit wird ebenso Unterstützung gewünscht. Ein Elternabend wäre wichtig, der aber auch von den verantwortlichen Schulleitern unterstützt werden müsste. An der VHS werden noch dazu Probleme beim Zusammenspiel der zuständigen Behörden für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gesehen.
Wichtig für ein Integrationskonzept:	Keine konkreten Angaben
Was es sonst noch zu sagen gibt:	Viele der genannten Wünsche und Bedarfe werden in dem Entwurf in allgemeiner Form schon formuliert. Die AG hat dazu konkretere Angaben gemacht (leider nicht immer mit Namen und Adresse erfasst). Für mein Dafürhalten sollte eine weitere Arbeit darin bestehen, in Auswertung der Erfahrungen an diesen o.g. Visionen sehr konkret zu arbeiten und Unterstützung direkt und zeitnah zu organisieren.

Bericht Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt / Ausbildung

Arbeitsgruppentitel:	Arbeitsmarkt / Ausbildung
Arbeitsgruppen-Nr.	2
Kurzbeschreibung / Ziel	Im Zentrum der Arbeitsgruppe steht die Frage, wie Zugewanderten ein verbesserter Zugang in den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eröffnet werden kann. Dies umfasst die Analyse und Bewertung der vorhandenen Angebote zur Arbeitsmarktintegration und den sich daraus ableitenden Bedarf zur Anpassung bisheriger Maßnahmen, sowie die Formulierung von Handlungsempfehlungen und ggf. Anpassungen bisheriger Maßnahmen. Zentrale Themenbereiche sind dabei die Feststellung von Qualifikationen und Kompetenzen, die Anerkennung von ausländischen (Berufs-)Abschlüssen, Fachsprache, notwendige Nachqualifizierungen, migrantische Unternehmensgründungen sowie die interkulturelle Öffnung von Arbeitgebern. Abschließend sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.
Moderation / Input	- Marta Gębala, IQ – Beratungsstelle für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH - Frau Graf, BCA der Agentur für Arbeit Frankfurt (Oder)
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	Notwendige Integrationsarchitektur in Frankfurt (Oder) ist vorhanden Frankfurt (Oder) verfügt über ein reiches und professionelles Angebot an Integrationsprojekten und –initiativen. Förderdschungel Die Maßnahmen, die aus unterschiedlichen Töpfen gefördert werden, definieren unterschiedliche TN-Voraussetzungen (z.B. „nur für Flüchtlinge“, „nur bis zum 25. Lebensjahr“, „nur für duale Berufe“ etc.). Die Integrationsarbeitakteure benötigen aktuelle Informationen und Ansprechpartner anderer Träger, um die TN gezielt vermitteln/verweisen zu können. „Systemblindheit“ Die Projektträger haben mehrere Angebote und suchen nach interessierten TN, die Arbeitgeber stellen zur Verfügung Ausbildungs- und Arbeitsplätze und sind zunehmend offen für die Beschäftigung von Zugewanderten, die Zugewanderten suchen nach Jobs und Ausbildung. „Alle Zutaten sind da“. Wie kommt's, dass Matching zwischen diesen Zielgruppen so schwierig ist? Einzellallobbetreuung statt Pauschallösungen

	Aus den o.g. Gründen ist Einzelfallbetreuung und Suche nach individuellen Lösungen für jede/n potenzielle/n Bewerber/in bzw. Arbeitgeber/in besonders wichtig. Perspektivwechsel Fördermittelgeber und Verwaltung stellt die Frage „Wie gelingt die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten?“ aus einer systemischen Vogelperspektive. Jedoch die eigentlichen Fragen in Praxis lauteten „Wie finde ich einen guten Job/Ausbildungsplatz“ (Bewerber/in) oder „Wie finde ich eine gute Fachkraft“ (Arbeitgeber/in). Die Angebote, Beratung und Konzepte sollen diese Perspektiven berücksichtigen.
Behandelte Themen und Inhalte:	Ablauf des Workshops: - Kennenlernen inkl. Vorstellung der Integrationsangebote bzw. der Interessen der Beteiligten - Input: Angebote der Agentur für Arbeit (Frau Graf) - Input: Angebote des IQ Netzwerkes Brandenburg - Gruppenarbeit: Eruiierung der Bedarfe aus der Sicht der Neuzuwanderer und der Arbeitgeber, Identifikation der erfolgreichen Praktiken, Ableitung der Handlungsempfehlungen - Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeit
Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen	- Vernetzungsbedarf (<i>I pro Quartal?</i>) - o Regelmäßige Treffen nur zum Schwerpunkt „Arbeitsmarkt“ zwecks Austausch von aktuellen Informationen (neue Ansprechpartner, neue Kurse, gemeinsame Einzelfallberatung, verbesserte Verweisberatung etc.) - o Einbeziehung der Zuwanderer und Arbeitgeber in die Vernetzungstreffen (wegen „Systemblindheit“) - Bündelung der Informationen (<i>auf der Internetseite? In mehreren Sprachen</i>) - o für Geflüchtete - o für Arbeitgeber - Etablierung einer „Drehkreuzfunktion“ – eine Verweisstelle, die Kontaktdaten und aktuelle Informationen über die laufenden Maßnahmen in Frankfurt (Oder) hat, an die man sich mit Einzelfällen wenden kann, und die ggf. Verweisberatung erleichtert (Integrationsbeirat?) - „Erklärer/innen“ des deutschen Arbeitsmarktsystems notwendig (z.B. was ist Kompetenzfeststellung, was ist duale Ausbildung etc.); diese Rolle könnten Beschäftigte in der Sozialarbeit oder Dolmetscher/innen übernehmen.

Wichtig für ein Integrationskonzept:	- Vielfalt der Perspektiven bei Entwicklung und Umsetzung von einzelnen Konzepten/Maßnahmen sichern (Zugewanderte und Unternehmen einbeziehen, nicht nur die Perspektive der Träger) - Mehr Orientierung für Zugewanderte bzgl. des deutschen Arbeitsmarktsystems <u>face-to-face</u> in leichter Sprache oder mit Dolmetscher/innen, damit frühzeitig Perspektiven (Motivation) gezeigt werden - Bestehende Vernetzungsangebote (Kontaktlisten, THINK-Treffen) intensiver bewerben bzw. um weitere Vernetzungselemente erweitern
Was es sonst noch zu sagen gibt:	Erfolgskritische Faktoren Heterogenität der Teilnehmenden sorgt für erkenntnisreichen Austausch. An dem Workshop haben sowohl die Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Integrationsprojekträger in Frankfurt (Oder) als auch die Zugewanderten aus Syrien, Polen und Iran teilgenommen. Auch wirtschaftsnahe Akteure (Kammer, Vertretung eines Unternehmensverbandes) waren da. Die institutionelle und kulturelle Heterogenität der Teilnehmenden und damit die Vielzahl der Perspektiven auf die Arbeitsmarktintegration erwiesen sich als ein förderlicher Faktor für den Austausch. Leichte Sprache Die Träger der Integrationsprojekte bedienen sich eines für die Zugewanderten unverständlichen Diskurses. Die Zugewanderten mit Sprachkenntnissen A2/B1 können gut ihre Bedarfe darstellen („<i>Ich habe X Jahre als Koch gearbeitet, aber ich habe keine Diplom</i>“, „<i>Ich bin Arzt und möchte ein Praktikum im Krankenhaus machen</i>“), aber verstehen nicht, wenn sie auf „Kompetenzfeststellung“ und „Einstiegsqualifizierung“ verwiesen werden. Die Vorstellung der Angebote für Zugewanderte (schriftlich und mündlich) soll in Leichter Sprache erfolgen.

ARBEITSMARKT

- Bündelung der Info
 - für Geflüchtete
 - => für Arbeitgeber
 - z.B. Internetseite

● „Drehkreuz“

- Erklärer (^{Integrationsstellen} Sozialarbeit, Dolmetscher)
 - Integrationsberater? Kontaktlisten
 - reg. Vernetzungstreffen _{nur Arbeit / Ausbildung} z.B. 1 pro Quart
 - „Wie das System in DE funktioniert“
- Stadtseite in ~~den~~ mehreren Sprachen.

Bericht Arbeitsgruppe Gesellschaftliche Teilhabe

Arbeitsgruppentitel:	Gesellschaftliche Teilhabe
Arbeitsgruppen-Nr.	3
Kurzbeschreibung / Ziel	Zunächst geht es darum den Rahmen von Teilhabemöglichkeiten für verschiedene migrantische Zielgruppen sowie Zugangsbarrieren zu beschreiben. Es sollen Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung diskutiert werden, die einen Beitrag zur Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe leisten können. Erfahrungen mit diesen Angeboten sollen ausgetauscht und möglicher Anpassungsbedarf diskutiert werden.
Moderation / Input	Angela Fleischer, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Frankfurt (Oder) / Natalja Kerle, Projekt „Flüchtlinge-Ehrenamt“, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Region Brandenburg
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	Hindernisse in Bezug auf politische und gesellschaftliche Teilhabe Modelle, Strukturen und Ressourcen, die Teilhabe unterstützen
Behandelte Themen und Inhalte:	Was heißt Teilhabe aus Sicht der Zugewanderte? Umgang mit Intoleranz und Ablehnung – Angebot, um persönliche, negative Erlebnisse zu besprechen, Ablehnung von Islam – Muslime versus Islamisten Politisches System, Rechte und Pflichten, Gesetze, Kultur kennenlernen – Sicherheit schaffen für Beteiligung Politische und gesellschaftliche Selbstorganisation von Migranten unterstützen Alle Migrant*innen im Blick haben Migrant*innen engagieren sich auch für Geflüchtete Kenntnis über Beiräte und Gremien erhalten – deutsche Paten für Partizipation
Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen (möglichst konkret formuliert, z.B.: „X, Y und Z sollen eingeladen werden, um Problem A zu besprechen und Lösungen zu finden“)	Unterstützung bei der Gründung von NGOs, Vereinen Begegnungen im Alltag organisieren, bekannt machen – good practice Verpflichtung zu gegenseitiger Achtung und Respekt Stadtführungen interkulturell durch Deutsche und Migrant*innen Jugendgruppe für Politik und Integration gründen Organisationen öffnen sich und laden Migranten ein – Ansprechpartner in den Organisationen (Beauftragte – schulen und Austausch organisieren) Organisationen ansprechen: Feuerwehr, THW, DRK Schule, Universität und Ausbildung (OSZ) für Beteiligungsprozesse gewinnen

Wichtig für ein Integrationskonzept:	Beteiligung im Integrationskonzept als Ziel festlegen Wer beteiligt wen – wie, mit welchen Methoden Leitfaden – wie fördern wir Beteiligung erarbeiten Information zu Beteiligungsmöglichkeiten (Plattform, Internetseite, Ansprechpartner ...) Förderung von Migrantenorganisationen Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen Interkulturelle Orientierung von Einrichtungen – offen werden für die Teilhabe von Migrant*innen (Unterstützungs- und Beratungsangebote) Beratung (Angebote) zu Beteiligungsprozessen für Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft vorhalten
Was es sonst noch zu sagen gibt:	Teilhabe organisieren heißt: Zugänge, Ressourcen aber auch Ungleichgewichte und bestehende Hemmnisse im Blick zu haben. Diskriminierende Aspekte erfassen

Bericht Arbeitsgruppe Interkulturelle Öffnung

Arbeitsgruppentitel:	Interkulturelle Öffnung
Arbeitsgruppen-Nr.	4
Kurzbeschreibung / Ziel	Kulturelle Öffnung ermöglicht Organisationen einen angemessenen Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und trägt Multikulturalität und Antidiskriminierung Rechnung. Konkrete Maßnahmen zu ihrer Umsetzung beziehen sich auf die Organisations- und Personalentwicklung sowie Produkt- und Dienstleistungsentwicklung und haben zum Ziel, Strukturen, Prozessabläufe und Handlungspraxis in Bezug auf unterschiedliche Bedarfe und Bedürfnisse aller Beteiligten zu reflektieren und anzupassen. Zugangsbarrieren zur Organisation sowie Exklusionsmechanismen innerhalb der Organisation sollen abgebaut werden, um die Gleichberechtigung aller Beteiligten (Mitarbeiter*innen, Kund*innen, Besucher*innen) herzustellen und zu wahren.
Moderation / Input	Kristin Draheim, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Frankfurt (Oder)
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	Rahmen: Solidarische Gesellschaft vs. Bleiberecht
Behandelte Themen und Inhalte:	• Top down-Strategie • IKÖ Prozess als nicht linear begreifen • Verbindlichkeit • Professionelle Rolle
Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen	• IK-offene Organisationskultur entwickeln: Personalmanagement und Führungsaufgabe • Fluktuation als Herausforderung und Chance • Werte hinterfragen und Perspektive wechseln • Leichte Sprache • Leitbild, Selbstverständnis • Leitbild als Evaluationsinstrument • Wertschöpfung durch Wertschätzung • Planungssicherheit

Wichtig für ein Integrationskonzept:

- Erwähnen, was schon da ist, Bestandsaufnahme
- Evaluation
- Erweiterter Kulturbegriff (Def. Kultur)
- IKÖ betrifft alle, alle können profitieren
- Anreize: positive Grundstimmung, Sprachkurse (MA)

Fragen/Thesen/Diskussionspunkte

- Solidarische Gesellschaft vs. Bleiberecht

Themen/Inhalte

- top-down
- IKÖ-Prozess als nicht linear begreifen
- Verbindlichkeit
- professionelle Rolle

Ergebnisse, Ideen

- IK-offene Organisationskultur entwickeln
- Personalmanagement
- Schremsanfrage
- Fluktuation als Herausf. & Chance
- Werte hinterfragen & Perspektiven wechseln
- Leichte Sprache

Wünsche/Forderungen

- Leitbild / Selbstverständnis
- Selbstverständnis
- Leitbild als Evaluationsinstrument
- Wertschöpfend durch Wertschätzung
- Planungssicherheit

Wichtig für ein Integrationskonzept

- erweiterte Kulturbegriff
- IKÖ betrifft alle, alle können profitieren
- erwähnen, was schon da ist
- Bestandsaufnahme
- Evaluation

Sonstiges?

- Anreize
- positive Grundstimmung
- Sprachkurse (MA)

Bericht Arbeitsgruppe Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung

Arbeitsgruppentitel:	Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung
Arbeitsgruppen-Nr.	5
Kurzbeschreibung / Ziel	In der Arbeitsgruppe sollen migrationsspezifische Beratungsbedarfe, -strukturen und Qualitätskriterien entsprechender Angebote beschrieben werden. Es soll herausgearbeitet werden, in welcher Form Beratung, Unterstützung und Begleitung zu alltagsrelevanten Themen für zugewanderte Menschen angeboten werden muss und kann, damit ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.
Moderation / Input	Thomas Thieme, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	Was gibt es an Beratung und Unterstützung in Frankfurt (Oder) – im Hauptamt und im Ehrenamt? Was braucht es (noch) an Strukturen und Angeboten? Wie können die Bedarfe ermittelt werden? Wie können oder müssen die Angebote kommuniziert werden? Welcher Kooperationen und Netzwerke bedarf eine funktionierende Beratungsstruktur?
Behandelte Themen und Inhalte:	Es wurde eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Beratungsangebote durchgeführt, welche Beratungs- und Begleitungsangebote bereits in Frankfurt (Oder) vorhanden sind und welche Zielstellung von diesen Diensten und Projekten verfolgt wird, welche Methoden sie einsetzen und wie sie personell ausgestattet sind. In einem zweiten Schritt wurden die Beratungs- und Unterstützungsbedarfe bzw. Instrumente benannt, die noch benötigt werden, um die bekannten Bedarfe zu decken bzw. die vorhandenen Angebote zu ergänzen und zu vervollständigen. Im dritten Schritt wurden aus den Erfahrungen der bestehenden Dienste und Projekte heraus konkrete Wünsche hinsichtlich einer besseren Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und Kooperationsstrukturen geäußert.

Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen (möglichst konkret formuliert, z.B.: „X, Y und Z sollen eingeladen werden, um Problem A zu besprechen und Lösungen zu finden“)	Was gibt es? • Jugendmigrationsdienst (JMD) – IB (1,5 VZÄ) • Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) – Caritas (0,5 VZÄ) • Überregionale Flüchtlingsberatung (ÜFB) – Caritas (0,5 VZÄ – ab 01.01.17: 0,25 VZÄ) • Soziale Beratung und Betreuung der Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften und Wohnverbünden • Darüber hinaus gibt es noch eine größere Anzahl von Projekten und Initiativen, die sich mit den verschiedenen Aspekten und Bereichen des Integrationsprozesses von Migranten befassen und Unterstützung, Begleitung und Information bieten; beispielhaft zu nennen, weil in der AG präsent: ○ Miteinander Wohnen e.V. (Lotsen für Wohnen und Nachbarschaft) ○ Kirchengemeinden Was braucht es? • Ausreichend dimensionierte Flüchtlingsberatung (schnelle Umsetzung der „Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst“ nach dem neuen LAufnG) • Ausreichende Beratung für Flüchtlinge nach einem Rechtskreiswechsel (0,5 VZÄ MBE sind nicht ausreichend) • Psychosoziale Beratung / psychotherapeutische Versorgung Traumatisierter • Qualifizierte Dolmetscher bzw. Sprachmittler • 24-Std.-Hotline, z.B. für psychosoziale Beratung analog Telefonseelsorge • Soziale Netzwerke und Patenschaften/Lotsen • Geld für Projekte und Angebote in der Integrationsförderung (z.B. eigenen Fördertopf) • Räume, Personal (für Initiativen und Projekte), • Koordination der Angebote und Projekt (durch THINK-Netzwerk?) und Service für Projekte und Angebote (z.B. analog den Selbsthilfekontaktstellen) • Supervisionsangebote für ehrenamtliche Integrationspaten und –helfer (oder auch analoge Gesprächsangebote zur Aufarbeitung problematischer oder belastender Situationen und Erfahrungen) • Professionelle Öffentlichkeitsarbeit Was braucht es noch?
--	--

	• Diverse Ausfüllhilfen für Formulare als Erleichterung für Beraterinnen und Berater, z.B. für: ➤ Jobcenter-Leistungsanträge (SGB II) ➤ BAFöG-Anträge ➤ Kindergeldanträge ➤ Schwerbehinderungsanträge z.B. als Fußnoten mit Erläuterungsseite analog „Refugee Phrasebook“ • Clearing-Beratung – viele Flüchtlinge/Migranten wissen nicht, welche Beratungsstelle für ihr Problem/Anliegen zuständig ist bzw. welches Problem/Anliegen sich hinter den wahrgenommenen Symptomen verbirgt und gehen deshalb gar nicht erst in eine Beratungsstelle • Sicherheit der Beraterinnen und Berater / Krisenmanagement (z.B. bei psychisch beeinträchtigten, traumatisierten Migranten) • Fortbildungen: ○ Information und Pflege von Info-Verteilern, vor allem für kleinere Vereine und Initiativen, die nicht über einen Spitzenverband verfügen, der sie über Fortbildungsangebote informiert ○ Koordination und Planung von trägerübergreifenden und bedarfsorientierten vor-Ort-Fortbildungen • Zusammenarbeit von Beratungsdiensten und Ämtern/Verwaltungen: ○ Beratungsdienste im Blick haben ○ Vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe • Moderne Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der Beratungsdienste bei der Umsetzung dieser Formen (know-how vermitteln oder Dienstleister zur Verfügung stellen), z.B. Medien nutzen, die von Flüchtlingen und Migranten genutzt werden, z.B.: ○ QR-Codes zur Anzeige von Informationen auf dem Smartphone oder Tablet-PC ○ Facebook-Seiten
Wichtig für ein Integrationskonzept:	• Festschreibung von Basis-Strukturen der Beratung und Begleitung, unabhängig von der Anzahl der in Frankfurt (Oder) lebenden Migranten, • Regelmäßige Überprüfung der Relation zwischen Zielen der Beratung und

	personeller/technischer Ausstattung der Beratungsdienste • Orientierung der Ziele und Inhalte an den tatsächlichen Bedarfen der Geflüchteten/Migranten (partizipative Einbeziehung der Zielgruppe in die Bedarfsermittlung – nicht über die Migranten reden, sondern mit ihnen) • Nutzung der Erfahrungen und Kompetenzen von Migranten, die bereits länger hier leben und integriert sind (Praxisbezug herstellen) • Interkulturelle Öffnung der Regeldienste, damit Migrationssozialarbeit auch „loslassen“ kann und der „Bumerang-Effekt“ bei der Vermittlung von Migranten in Fach- und Regeldienste ausbleibt • Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Beratungsdiensten und Verwaltung/Behörden auf Augenhöhe • Stärkung und umfassende Einbeziehung der Zivilgesellschaft – z.B. in Form von Paten- oder Lotsenmodellen, Öffnung von soziokulturellen Angeboten für Migranten, um das Ankommen und die Identifikation mit der Stadt und der Gesellschaft zu erleichtern (z.B. über die Einbeziehung von „Türöffnern“, also Migranten aus den verschiedenen ethnischen Communities, die die Zugangsbarrieren oder –schwellen für neu Zugewanderte beseitigen oder reduzieren helfen)
Was es sonst noch zu sagen gibt:	Es ist wichtig, dass es ein Integrationskonzept gibt!

AG5

AG Beratung, Unterstütz. u. Begleitung

Was gibt es?

JMD 1,5 VZÄ
IB

MBE 0,5 VZÄ
Caritas

AFB 0,5 VZÄ
Caritas

Miteinander Wohnen e.V.
(Lotsen f. Wohnen u. Nachbarschaft)

Kirchengemeinde(n)

Beratung und Betreuung
in Gemeinschaftsunterkünften
+ Wohnverbund

Was braucht es?

- Beratung nach Rechtskreiswechsel
 - Psychosoziale Beratung / Therapie
 - Qualifizierte Dolmetscher / Sprachmittler
 - Hotline, z.B. f. Psychosoziale Beratung
↳ 24h mit fremdsprachigen Therapeuten
 - Soziale Netzwerke + Patenschaft
 - Geld f. Projekte + Angebote
 - Räume, Personal
- Supervision f. Ehrenamtliche Paten + Helfer
 - Koordination der Angebote
 - Öffentlichkeitsarbeit

Was braucht es noch?

- Ausfüllhilfen für Formulare
 - ↳ Jobcentur-Anträge (SGB II)
 - ↳ Bafög-Anträge
 - ↳ Kindergeldanträge
 - ↳ SGB-Anträge

*Refugee Frasebook

⇒ Erläuterungen zu den Punkten in den gängigsten Sprachen veröffentlichen

→ Erleichterung der Beratung
- Clearing-Beratung
- Sicherheit der Berater/innen / Krisenmanagement
- Fortbildungen ⇒ Koordinieren Information / Aufrechterhalten
- Zusammenarbeit von Beratungsdiensten und Ämtern und Verwaltungen
 - Beratungsdienste im Blick haben
 - Vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe

- moderne Form d. Öffentlichkeitsarbeit

↳ QR-Codes } Hilfen f. Berater, dies
↳ Facebook } tun zu können
↳ Knowhow, Dienstleister

Bericht Arbeitsgruppe Wohnen und Nachbarschaft

Forderung/Bedarf/Voraussetzung für das Gelingen von Integration in der Nachbarschaft	Messbar an (SMART)	Benötigte Ressourcen (personell/ materiell)	Verantwortlichkeit / Partner / Durchführende	Thematisierung in Konzepten (Unterbringung und Integration)	Priorität 1 höchste 2 mittlere 3 geringere
Begegnungsraum / Nachbarschaftstreff	Anzahl der: Besucher, Veranstaltungen, selbstorganisierte Treffen	Raum, Ausstattung, Koordinator, Betreiber	Vermieter / Stadt, Vereine / Ehrenamt, Nachbarn	Ja, in beide integrieren	2
Schulungen / Vorbereitung zur Hausordnung / selbstständiges Wohnen / Wohnfähigkeit	Anzahl Schulungen, Anzahl Teilnehmer, Anzahl Beschwerden	Raum, Konzept, Leitung, Material, Kontakte	Stadt / Vermieter, Sozialarbeiter / Betreiber GU	Ja, in beide integrieren	1
Begleitung durch Lotsen / Sprachmittler bei Wohnungssuche / Einzug / Einleben	Anzahl Begleitungen, Anzahl Mietverträge	Schulungen, Personal, Kontaktvermittlung / Koordination	Verein, Stadt, Ehrenamt	Ja, in beide integrieren	1
Begleitung durch Paten	Anzahl Partnerschaften / Treffen, Anzahl Anfragen beidseitig	Kollegiale Beratung, Koordinationsstelle (Schulung, Begleitung, Kontaktvermittlung)	Stadt / Caritas, Vermieter / Nachbarn	Ja, in beide integrieren	1
Eingesessene Nachbarn / Bestandsmieter informieren (z.B. durch Briefe oder von Tür zu Tür)	Anzahl Briefe, Anzahl Reaktionen	Text, Papier, Porto, Drucker	Vermieter	Nein	2
Info-Hotline	Anzahl Anrufe / Gespräche	kompetenter Ansprechpartner,	Vermieter / Stadt	Nein	2

Forderung/Bedarf/Voraussetzung für das Gelingen von Integration in der Nachbarschaft	Messbar an (SMART)	Benötigte Ressourcen (personell/ materiell)	Verantwortlichkeit / Partner / Durchführende	Thematisierung in Konzepten (Unterbringung und Integration)	Priorität 1 höchste 2 mittlere 3 geringere
		Telefon, Erreichbarkeit			
Wegweiser "Auf gute Nachbarschaft" in mehreren Sprachen	Anzahl Drucke, Anzahl Auslageorte, Anzahl Sprachen	jährl. Aktualisierung, Geld, Sprache, Inhalte, Koordination	THINK	Ja, in beide integrieren	1
Aushänge mehrsprachig bzw. Piktogramme	Anzahl Aushänge, Anzahl Sprachen	Sprache, Layouter	Vermieter / Versorger / Dienstleister	Ja, in beide integrieren	1
Formate für BK und Mülltrennung		Entwicklung Zielgruppengerechter Angebote		Ja, in beide integrieren	2
Interkulturelle Mediation / Konfliktmittler	Anzahl Vereinbarungen, Anzahl Beschwerden	interkulturelle und kompetente Mediatoren, Raum, Öffentlichkeitsarbeit, Konfliktkultur	Mediationsstelle, Vermieter	Ja, in beide integrieren	1
Konkrete Ansprechpartner / transparente Zuständigkeit	Anzahl Anlaufstellen, Anzahl Drucke	Übersicht, Mehrsprachigkeit, Struktur, Klarheit, Layout, Öffentlichkeitsarbeit, Akteure	THINK, Integrationsarbeit	Nein	1
Spenden / Tauschbörse für Kleidung und Möbel	Anzahl Spenden, Anzahl Tausche / Spendennehmer	Öffentlichkeitsarbeit, Spenden, Raum, Koordination	FALI / Kirchen	Ja, in beide integrieren	2

Forderung/Bedarf/Voraussetzung für das Gelingen von Integration in der Nachbarschaft	Messbar an (SMART)	Benötigte Ressourcen (personell/ materiell)	Verantwortlichkeit / Partner / Durchführende	Thematisierung in Konzepten (Unterbringung und Integration)	Priorität 1 höchste 2 mittlere 3 geringere
Angebote für Frauen/Frauen mit Kindern	Anzahl Angebote, Anzahl Besucher	Raum, Koordination, Material	Vereine, Ehrenamtliche	Nein	2
Wohnumfelderkundung	Anzahl Führungen, Anzahl Führer, Anzahl Teilnehmer	Führer mit Ortskenntnis	Stadtteilkonferenzen, Ehrenamtliche, Nachbarn, Vereine	Nein	2
Gesprächsrunden "Flucht und Asyl"	Anzahl Runden, Anzahl Teilnehmer	Raum, Moderation, Material, Befähigung Ehrenamtler	RAA, THINK	Ja, in beide integrieren	2
Flyer "Mein Nachbar aus der Ferne"	Anzahl Drucke, Anzahl Berichterstattungen	Inhalt, Aufbereitung, Netzwerke, Druck, Layout	THINK, Vereine, Ehrenamtliche	Ja, in beide integrieren	1
"Willkommen in unserer Nachbarschaft" Grundregeln des Zusammenlebens	Anzahl Runden, Anzahl Teilnehmer	Raum, Öffentlichkeitsarbeit, Kompetenz, Leitung, Material	Vereine, Ehrenamtliche	Nein	2
"Sozial-Concierge"	Präsenzzeit, Anzahl Vermittlung, Anzahl Kontakte, Anzahl Anfragen	Raum, Ehrenarbeit	Vermieter, Mieter, Förderprogramme	Nein	2

Bericht Arbeitsgruppe Fremdenfeindliche und rassistische Gewalt - Antworten der Stadtgesellschaft

Arbeitsgruppentitel:	Fremdenfeindliche und rassistische Gewalt - Antworten der Stadtgesellschaft
Arbeitsgruppen-Nr.	7
Kurzbeschreibung / Ziel	Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bedrohungen und Straftaten gegen Flüchtlinge, ausländische Studierende und Menschen und Organisationen, die in einem rechtsextremen Weltbild keinen Platz haben, dient die Arbeitsgruppe der Analyse und Bewertung der aktuellen Situation. Auf dieser Basis sollen Handlungserfordernisse für die Stadtgesellschaft diskutiert und abgeleitet werden.
Moderation / Input	Robin Kendon, Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder)
Wichtige Fragen, Thesen und Diskussionspunkte	• Dort, wo es rechtsextreme und rassistische Hetze gibt, finden sich Menschen, die „zur Tat greifen“. • Gewalttaten in diesem Kontext haben auch immer eine Botschaft – „Ihr seid hier nicht willkommen“; daher ist es bei der Reaktion darauf wichtig, dass ebenfalls eine Botschaft klar wird: „Solche Gewalt ist hier nicht gewollt“ und „Die gesellschaftliche Solidarität gilt den Opfern“. • Sowohl Reaktionen nach solchen Vorfällen als auch präventive Maßnahmen sind notwendig, um die Gewalt zu verhindern. • Für eine effektive Planung von Maßnahmen ist eine Beschreibung und Analyse der relevanten Informationen erforderlich, die Institutionen übergreifend erfolgen soll: Stadtverwaltung, Polizei, Justiz, Jugendhilfe, Kommunalpolitik, u.a. Es wurden z.B. Fragen gestellt: Was wissen wir über die Täter? Welche Verbindungen haben sie zu einander und zu den rechtsextremen Menschen in der Stadt. Gibt es räumliche oder auch andere Schwerpunkte?
Behandelte Themen und Inhalte:	• Aufzählung der Vorfälle und rechtsextreme Aktivitäten in den letzten zwei Jahren in Frankfurt (Oder) (u.a. Chronik der Opferperspektive und Informationen des MBTs) (Anhang 1). • Bericht von der Gerichtsverhandlung zum Vorfall „Shisha-Bar“, bei der ein Milieu mit rechtsextremer Prägung wahrgenommen wurde, dessen Mitglieder offensichtlich nicht oder nur selten erleben, dass ihre Positionen in Frage gestellt werden (Aussage Hannes Püschel, OP). Da fast alle noch unter 26 Jahre alt sind, könnte dies ein Handlungsfeld für die Jugendhilfe sein. • Aufzählung von Reaktionen darauf (Anhang 2).

	• Diskussion und Bewertung aus Sicht der Workshopteilnehmenden. • Zur Frage „Welche Handlungsfelder, Ressourcen, Akteure, Maßnahmen?“ wurde eine Mindmap erstellt. Als Überschrift wurde gewählt: „Ziel: Verhinderung von rassistischen Gewalttaten“. Damit war gemeint, sowohl physische als auch psychische Gewalt, die sich (entsprechend dem Workshoptitel) „gegen Flüchtlinge, ausländische Studierende und Menschen und Organisationen, die in einem rechtsextremen Weltbild keinen Platz haben“ richtet.
Ergebnisse, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen	Siehe Mindmap (Anhang 3)
Wichtig für ein Integrationskonzept:	Zur Integration gehört auch die körperliche und psychische Unversehrtheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Aussehen, usw. Das könnte im Integrationskonzept als Ziel so formuliert werden: „Eine weltoffene Stadt sorgt dafür, dass alle Menschen in Sicherheit leben können“ Das soll aber nicht heißen, dass es einfach mehr Polizeipräsenz geben soll.
Was es sonst noch zu sagen gibt:	Trotzdem einige wichtige Hinweise gemacht wurden, war die Zeit für Diskussion und zur Klärung wichtiger Fragen sowie zur Bearbeitung aller Aspekte für die Handlungsfelder, Ressourcen, Akteure und Maßnahmen nicht ausreichend. Eine Fortsetzung wäre sinnvoll.

Reaktionen auf die rassistischen Vorfälle und rechtsextremen Aktivitäten seit Anfang 2015 in Frankfurt (Oder)

- Zu jeder rechtsextremen Demonstration gab es eine „Gegendemonstration“ mit Beteiligung der Spitze von Kommunalpolitik und –verwaltung sowie der Europa-Universität.
- Nach dem Vorfall März 2015 („Shisha-Bar“) gab es eine Pressemitteilung des Vereins Puerto Alegre e.V., die die Gewalt verurteilte, sowie eine Pressemitteilung der Stadt.
- Auf mehrere der weiteren Gewalt-Vorfälle gab es Pressemitteilungen der Stadt und anderer.
- Nach den Vorfällen Sommer 2015 verurteilte die CDU die Taten. Dies blieb weitgehend eine „Einzelmeldung“ aus dem Bereich der Parteien.
- Am 03.06.2016 fand eine Anti-Rassismus-Demonstration“ statt.
- Ende August veröffentlichte die Opferperspektive einen offenen Brief, in dem die Problematik thematisiert und eine stärkere Reaktion auf die Vorfälle angemahnt wurde.
- Der Integrationsbeirat und das Migrationsnetzwerk THINK haben sich danach auch dazu positioniert.

- Es gibt eine Fachberatung für Betroffene – sowohl die Opferperspektive als auch die weiteren Beratungsstellen in der Stadt stehen zur Verfügung.
- Es wurde festgestellt, dass in vielen Fällen die Polizei von Bürgern/Bürgerinnen gerufen wurde und auch schnell vor Ort war.
- Es gibt das Bündnis „Frankfurt (Oder) – kein Ort für Nazis“, das bei der Organisation der Gegendemonstrationen aktiv wird. Zeitweilig (2015) gab es auch die Initiative „Buntes Frankfurt (Oder)“, die parallel aktiv war.

Als Fazit wurde u.a. formuliert, dass viel Gutes gemacht wird, dennoch zu wenig koordiniert wird, und dass es in der Stadt sicher mehr Potential gibt. Einige Teilnehmende wünschten z.B. ein stärkeres persönliches Engagement des Oberbürgermeisters, z.B. öffentlichkeitswirksamer Besuch der Opfer, um die Solidarität zu verdeutlichen.

Rassistische und
rechtsextreme
Vorfälle in FF seit
Anfang 2016
(Optimprospektive)

Rechtsextreme
Erscheinungsformen
und Aktivitäten

Gegendemonstrationen
zu jeder REx-Demo

Fachberatung
für Betroffene

2015
Q1
1 Vorfall: „Shishu-Bar“

Facebook-
seiten usw.
hetzen gegen
Geflüchtete u. Islam

Bündnis
„Frankfurt (Oder)“
kein Ort für Nazis

2015
Q2
—

Demonstrationen
17.01.2015 „Frankfurter
14.02.2015 „Hitler“
25.04.2015

Pressemeldungen
der Stadt

„Buntes Frankfurt (Oder)“

2015
Q3
4 Vorfälle

Demonstrationen
25.07.2015
20.02.2016 „III. Weg“
03.09.2016



2015
Q4
2 Vorfälle

Fackelmarsch
(nicht angemeldet)
21.10.2015

Beispiele eine
Partei meldet sich
einmal zu Wort

2016
Q1
3 Vorfälle

Demonstration
polnischer Nationalisten
07.08.2016 in
Stabitz

2016
Q2
5 Vorfälle

Provokation einer
REx Gruppe vor dem
Neujahrsempfang der
Partei Die LINKE (ob. 01.01.2016)

2016
Q3
2 Vorfälle

Droh-Postkarten
des „III. Weges“ an
viele Personen und
Einrichtungen

2016
Q4

Provokation einer
REx Gruppe im Umfeld
der Antirassismus-Demo
03.06.2016

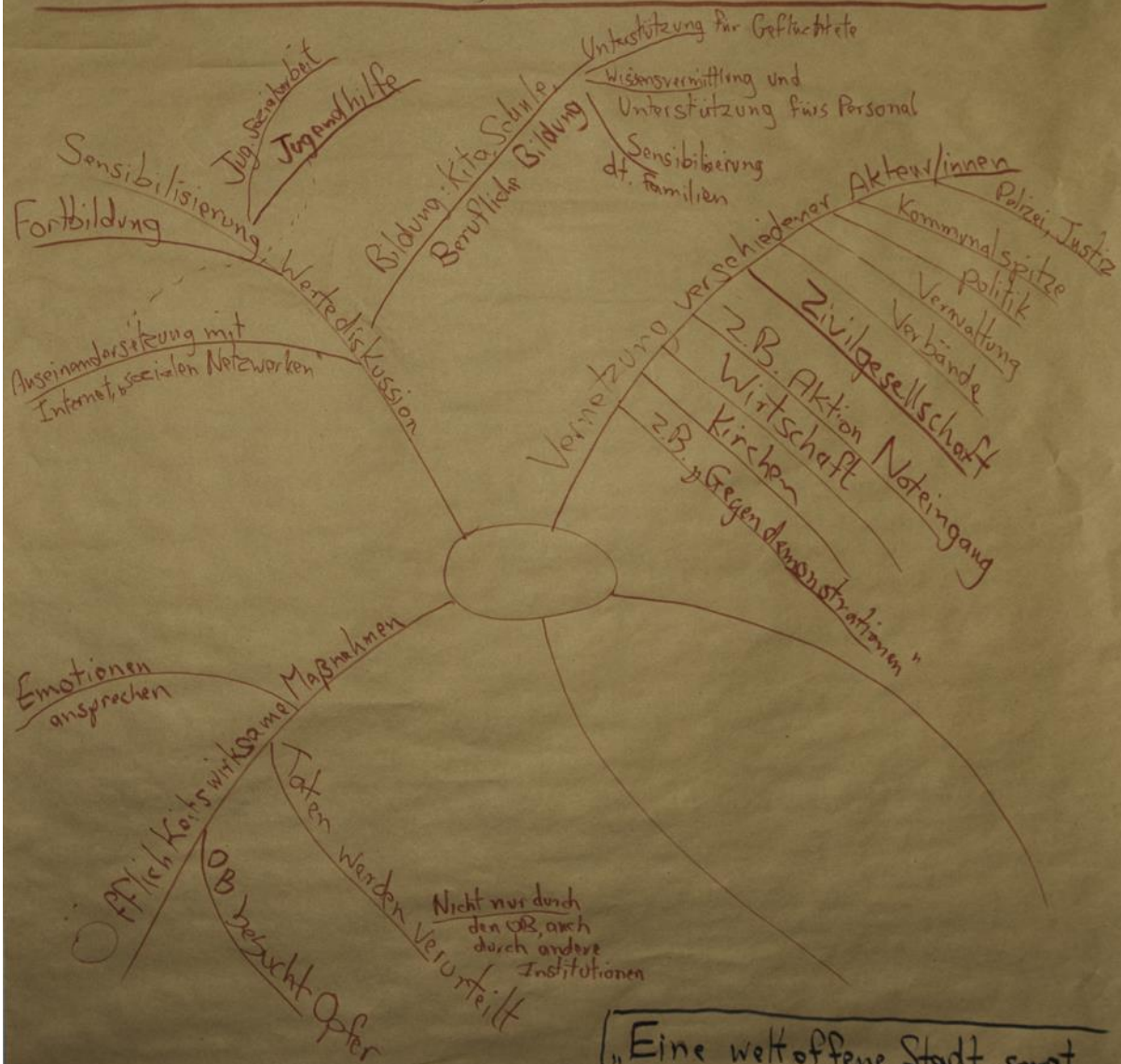
Antirassismus-
Demo
03.06.2016

NS-verherrlichende
Flyer am 09.11.
an drei Einrichtungen

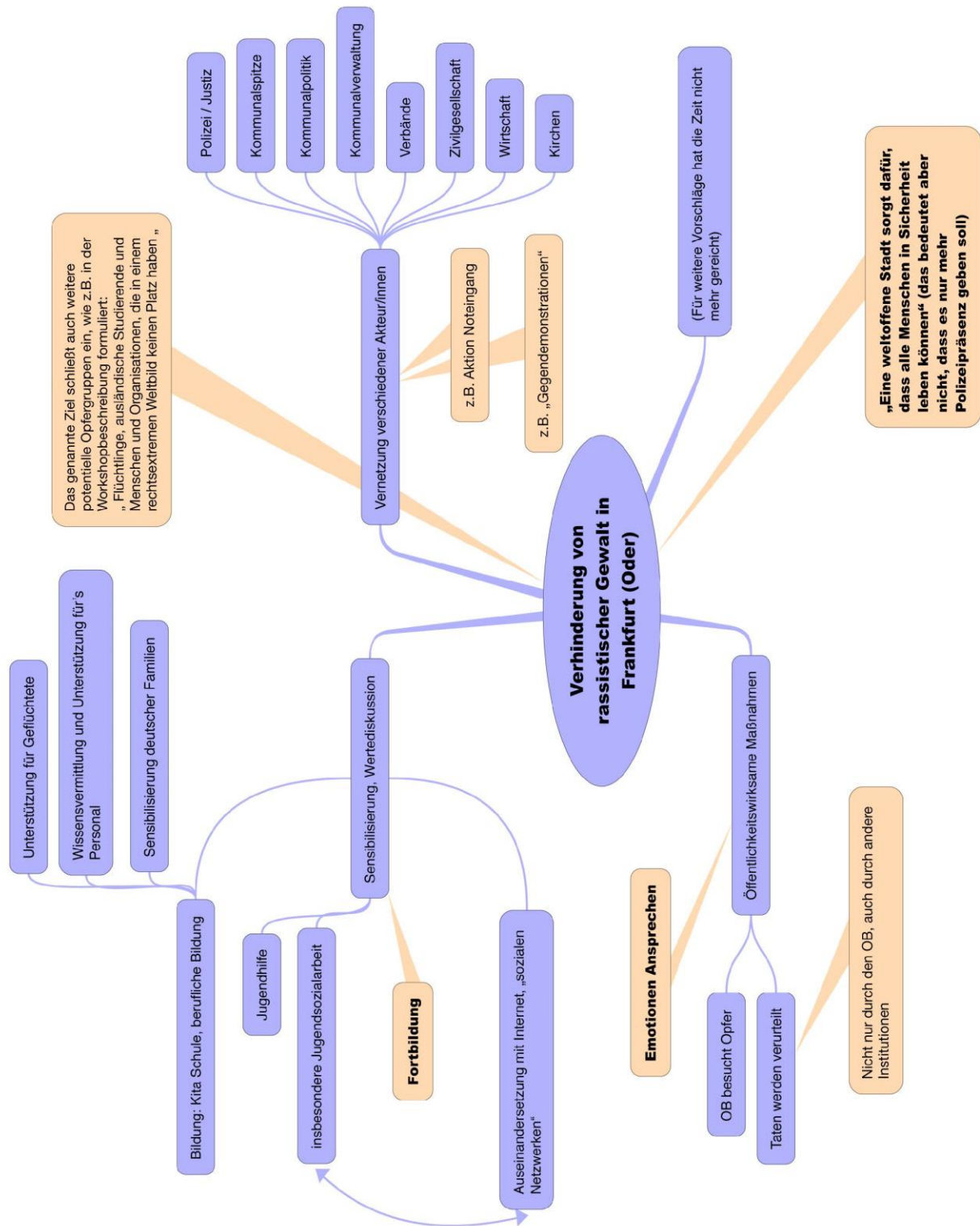
Opfer Brief
der Opferperspektive
Ende Aug. 2016

Weitere
Rechtsextreme Graffiti
an verschiedenen Orten

Ziel: Verhinderung von rassistischen Gewalttaten



"Eine weltoffene Stadt sorgt dafür, dass alle Menschen in Sicherheit leben können."



Evaluation

zur 2. Integrationskonferenz der Stadt Frankfurt (Oder) am 08.12.2016, 10.00-16.00 Uhr

Ich habe an folgenden Arbeitsgruppen teilgenommen (bitte ankreuzen)	
Arbeitsgruppe 1: Schule / Kita / Bildung	☐
Arbeitsgruppe 2: Arbeitsmarkt / Ausbildung	☐
Arbeitsgruppe 3: gesellschaftliche Teilhabe	☐
Arbeitsgruppe 4: Interkulturelle Öffnung	☐
Arbeitsgruppe 5: Angebote der Beratung, Unterstützung und Begleitung	☐
Arbeitsgruppe 6: Wohnen und Nachbarschaft	☐
Arbeitsgruppe 7: Fremdenfeindliche und rassistische Gewalt – Antworten der Stadtgesellschaft	☐

Meine Einschätzungen	😊😊	😊	😐	😞	😞😞
Mit den organisatorischen Rahmenbedingungen bin ich zufrieden.	☐	☐	☐	☐	☐
Das Impulsreferat von Frau Prof. Dr. Karin Weiss habe ich als Gewinn empfunden.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Leitungs- und Moderationskompetenz in den Arbeitsgruppen hat mich überzeugt.	☐	☐	☐	☐	☐
Die inhaltliche Kompetenz der Moderator*innen hat mich überzeugt.	☐	☐	☐	☐	☐
Die bei der Konferenz eingesetzten Arbeitsformen und -methoden fand ich passend und hilfreich.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich hatte ausreichend Möglichkeiten, mich zu beteiligen.	☐	☐	☐	☐	☐
Die Konferenzatmosphäre empfand ich als angenehm.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich habe Nützliches oder Wissenswertes zum Thema der Veranstaltung erfahren.	☐	☐	☐	☐	☐
Ich habe Anregungen und Fragestellungen gehört, mit denen ich mich weiter beschäftigen möchte.	☐	☐	☐	☐	☐
Insgesamt beurteile ich die Veranstaltung...	☐	☐	☐	☐	☐

❖ **Mir hat besonders gut gefallen :**

❖ **Für mich wenig hilfreich oder überflüssig war:**

❖ **Für die nächste Integrationskonferenz der Stadt Frankfurt (Oder) habe ich diese Ideen/ Anregungen/ Vorschläge/sonstige Anmerkungen:**

VIELEN DANK FÜR DAS AUSFÜLLEN! 😊

Die unten dargestellten Mittelwerte basieren auf den 44 zurückgegangenen Evaluationsbögen. Von den insgesamt 97 eingetragenen Teilnehmenden, haben sich somit 45,36 % an der Evaluation beteiligt. Alle Bewertungskategorien wurden dabei mit einem Wert deutlich über gut (4) von den Teilnehmenden eingeschätzt. Am positivsten wurde dabei mit einem Wert von 4,63 der Beitrag von Prof. Dr. Karin Weis bewertet. Mit 4,36 fiel die Unterstützung für die Aussage „Ich habe Anregungen und Fragestellungen gehört, mit denen ich mich weiter beschäftigen möchte“ am geringsten aus.

Aus Veranstaltersicht kann diese Bewertung durch die Teilnehmenden als positives Feedback für das Gesamtpaket der Integrationskonferenz gewertet werden. Die sich aufzeigenden Verbesserungsbedarfe sollten bei einer weiteren Konferenz Berücksichtigung finden.

Meine Einschätzungen	😊😊 (5)	😊 (4)	😐 (3)	😞 (2)	😞😞 (1)
	Mittelwert				
Mit den organisatorischen Rahmenbedingungen bin ich zufrieden.	4,39				
Das Impulsreferat von Frau Prof. Dr. Karin Weiss habe ich als Gewinn empfunden.	4,63				
Die Leitungs- und Moderationskompetenz in den Arbeitsgruppen hat mich überzeugt.	4,48				
Die inhaltliche Kompetenz der Moderator*innen hat mich überzeugt.	4,55				
Die bei der Konferenz eingesetzten Arbeitsformen und -methoden fand ich passend und hilfreich.	4,42				
Ich hatte ausreichend Möglichkeiten, mich zu beteiligen.	4,45				
Die Konferenzatmosphäre empfand ich als angenehm.	4,61				
Ich habe Nützliches oder Wissenswertes zum Thema der Veranstaltung erfahren.	4,48				
Ich habe Anregungen und Fragestellungen gehört, mit denen ich mich weiter beschäftigen möchte.	4,36				
Insgesamt beurteile ich die Veranstaltung...	4,44				

Meine Einschätzungen	😊😊 / 😊	😊	😞/😞😞
	Zustimmungsverteilung in Prozent		
Mit den organisatorischen Rahmenbedingungen bin ich zufrieden.	90,91 %	2,27 %	6,82 %
Das Impulsreferat von Frau Prof. Dr. Karin Weiss habe ich als Gewinn empfunden.	88,37 %	11,63 %	0,00 %
Die Leitungs- und Moderationskompetenz in den Arbeitsgruppen hat mich überzeugt.	85,71 %	11,90 %	0,00 %
Die inhaltliche Kompetenz der Moderator*innen hat mich überzeugt.	88,10 %	9,52 %	2,38 %
Die bei der Konferenz eingesetzten Arbeitsformen und -methoden fand ich passend und hilfreich.	90,70 %	9,30 %	0,00 %
Ich hatte ausreichend Möglichkeiten, mich zu beteiligen.	93,18 %	4,55 %	2,27 %
Die Konferenzatmosphäre empfand ich als angenehm.	90,91 %	6,82 %	2,27 %
Ich habe Nützliches oder Wissenswertes zum Thema der Veranstaltung erfahren.	90,91 %	9,09 %	0,00 %
Ich habe Anregungen und Fragestellungen gehört, mit denen ich mich weiter beschäftigen möchte.	90,91 %	9,09 %	0,00 %
Insgesamt beurteile ich die Veranstaltung...	90,70 %	6,98 %	2,33 %

Liste der Teilnehmenden

	Institution	Anrede	Vorname	Name
1.		Herr	Faroq Daplan	Alanzi
2.			Hassan	Altormzawi
3.	Frankfurt-Slubicer Kooperationszentrum	Frau	Hanna	Antczak
4.	Volkshochschule Frankfurt (Oder)	Herr	Aeham	Askol
5.	Stadt Frankfurt (Oder)	Herr	Marcus	Aust
6.	AStA Europa-Universität Viadrina	Frau	Didiane	Avokpo
7.		Herr	Ehsan	Barati
8.		Herr	Majeed	Behzad
9.	DRK Bietergemeinschaft EAER Ost Kreisverband Märkisch-Oderlnad-Havel-Spree e.V.	Herr	Stefan	Bley
10.	IB Frankfurt (Oder) Haus Einstein	Frau	Jenny	Bodinka
11.		Herr	Dieter	Bollmann
12.	Muslime an der Oder e.V.	Frau	M. Elif	Botts
13.	Verein Projekt Jugend gegen Gewalt e.V.	Herr	Wilfried	Bremer
14.	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH	Herr	Bashir	Ceikhzaher
15.	IBB e.V.		Mariola	Chruszczyk
16.	Jobcenter Frankfurt (Oder)	Frau	Antje	Clemens
17.	Bündnis 90/Die Grünen Frankfurt (Oder)	Frau	Sahra	Damus
18.	Radio Slubfurt	Herr	Matthias	Dörr
19.	RAA Frankfurt (Oder)	Frau	Kristin	Draheim
20.	IHK - Projektgesellschaft	Frau	Joanna	Dulej
21.		Herr	Mohammad Omid	Ehsas
22.	Landkreis Oder-Spree	Frau	Anja	Eichberg
23.	IB - GU Seefichten / Integrationsbeirat	Herr	Raef	El-Ghamri
24.	Stadt Frankfurt (Oder) - Integrationsbeauftragte	Frau	Laura	El-Khatib
25.	Wahlkreisbüro Martin Patzelt MdB	Frau	Anna	Fabisch

	Institution	Anrede	Vorname	Name
26.	RAA Frankfurt (Oder)	Frau	Angela	Fleischer-Wetzel
27.	Wir im Quartier Frankfurt (Oder) Innenstadt - Beresinchen	Frau	Jenny	Friede
28.	Stadt Frankfurt (Oder) - Beauftragter für Beschäftigungsförderung	Herr	Frank	Frisch
29.	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH	Frau	Marta	Gębala
30.	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Oderland-Spree	Frau	Beate	Giehler
31.	Agentur für Arbeit Frankfurt (Oder)	Frau	Hildegard	Graf
32.	Nestor Bildungsinstitut GmbH	Herr	Gernot	Grünberg
33.	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH	Frau	Astrid	Haag
34.	Berufsförderwerk e.V. des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg e.V.	Herr	Martin	Hampel
35.	Internationaler Bund Brandenburg Ost	Herr	Thomas	Hasselbeck
36.	Eltern-Kind-Gruppe der Lebenshilfe Frankfurt (Oder)	Frau	Katja	Horinek
37.		Herr	Said Mostafa	Hossaini
38.	Koordinierungs- und Fachstelle Lokale Partnerschaft für Demokratie	Herr	Frank	Hühner
39.		Herr	Hadi	Hussaini
40.	Landkreis Oder-Spree	Frau	Katja	Kaiser
41.	IVK-LOS-FFO-MOL	Herr	Wolfgang	Karasebinski
42.	MobilesBeratungsTeam	Herr	Robin	Kendon
43.	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. Region Brandenburg	Frau	Natalia	Kerle
44.	Vielfalt statt Einfalt e.V.	Herr	Thomas	Klähn
45.	Zentrum für Schlüsselkompetenzen und Forschendes Lernen Europa-Universität Viadrina	Frau	Katja	Kraft
46.	Staatliches Schulamt Frankfurt (Oder)	Frau	Doreen	Kudoke

	Institution	Anrede	Vorname	Name
47.	Handwerkskammer Frankfurt (Oder) Region Ostbrandenburg	Frau	Natalja	Kugler
48.	IHK - Projektgesellschaft	Frau	Jana	Kupetz
49.	Kulturmanufaktur Impuls e.V.	Herr	Hannes	Langer
50.	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder)	Frau	Anne	Lubetzki
51.	Stadt Frankfurt (Oder) - Amt für Jugend und Soziales	Frau	Anne	Macht
52.	Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder)	Frau	Milena	Manns
53.	Stadt Frankfurt (Oder) - Ausländerbehörde	Herr	Mirko	Marschner
54.	FaZIT - Mobile Heimberatung	Frau	Katharina	Meier
55.		Herr	Firoz	Mohamadi
56.		Herr	Omid	Monfared
57.		Herr	Kamel	Moussa
58.	Evg. Kirchengemeinde Frankfurt (Oder) - Lebus	Frau	Gabriele	Neumann
59.		Frau	Kim	Nguyen
60.		Frau	Golaleh	Nourbakhsch
61.	Schulverwaltungsamt	Frau	Ellen	Otto
62.	Stadt Frankfurt (Oder) Gesundheitsamt	Herr	Rene	Pankow
63.	Stadt Frankfurt (Oder) - Amt für Jugend und Soziales	Frau	Heike	Papendick
64.	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH	Herr	Mario	Primas
65.		Herr	Adul Qaseem	Rashidi
66.	RAA Brandenburg	Frau	Patricia	Redzewsky
67.	Intertreff e.V.	Herr	Frank	Richter
68.	Verbündungshuas fforst e.V.	Herr	Albrun	Roy
69.	DAA	Frau	Jana	Rüger
70.	Nestor Bildungsinstitut GmbH	Frau	Fanny	Ruhbach
71.	RAA Frankfurt (Oder)	Frau	Katrin	Runck
72.		Herr	Rasul	Sadat

	Institution	Anrede	Vorname	Name
73.	Bildungszentrum der Handwerkskammer Frankfurt (Oder)	Frau	Agnieszka	Sajduk
74.	JugendBerufsAgentur Frankfurt (Oder)	Frau	Annett	Schädel
75.	IB Landesbetrieb Berlin-Brandenburg Nordost Traumaberatung	Herr	Ingo	Schaper
76.	Stadt Frankfurt (Oder) - Ausländerbehörde	Frau	Eileen	Schuflitz
77.	Evg. Kirchenkreis Oderland-Spree Büro Frankfurt (Oder)	Herr	Reinhard	Schülzke
78.	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Oderland-Spree	Herr	Christian	Shukow
79.	Internationaler Bund Gemeinschaftsunterkunft Seefichten	Frau	Antje	Simnack
80.	Landesschulamt	Frau	Anita	Stöhr
81.	Paritätär	Frau	Katrin	Stoll-Hellert
82.	Stadt Frankfurt (Oder) Amt für Jugend und Soziales	Frau	Annette	Stolze
83.	Europa-Universität Viadrina - Zentrale Studienberatung	Frau	Frauke	Surmann
84.	Astrid-Lindgren-Grundschule	Frau	Monika	Szafranska
85.	Verbündungshaus fforst e.V.	Herr	Kamil	Szlosek
86.	Stadt Frankfurt (Oder)	Herr	Karsten	Tausch
87.	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.	Herr	Thomas	Thieme
88.	Miteinander Wohnen e.V.	Frau	Claudia	Tıçar
89.	FaZIT - Mobile Heimberatung	Herr	Wolfgang	Türke
90.	Stadt Frankfurt (Oder) - Beigeordneter	Herr	Jens-Marcel	Ullrich
91.	bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg IQ Beratungsstelle für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber	Herr	Alexander	von Dippel
92.	Internationaler Bund Jugendmigrationsdienst	Frau	Julita	Wagner-Krawczyk
93.		Frau	Chkife	Wahiba

	Institution	Anrede	Vorname	Name
94.		Herr	Nazir	Wakil
95.	Integrationsbeirat	Herr	Joachim	Wawrzyniak
96.		Frau	Karin	Weiss
97.	Stadt Frankfurt (Oder) - Oberbürgermeister	Herr	Martin	Wilke